

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Geschäftsamt für beide Teile  
ist Calw.



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-  
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei.

Nr. 248

Montag, den 24. Oktober 1927

101. Jahrgang

## Das Schreiben des Reparationsagenten

### Besprechungen Parker Gilberts mit dem Reichsfinanzminister

Die Besprechung des Reichsfinanzministers mit dem  
Reparationsagenten haben begonnen

U. Berlin, 24. Okt. Zu den verschiedenen Pressemeldungen über einen angeblichen Schritt des Generalagenten für Reparationszahlungen aus Anlaß der zur Zeit im Reichstag unterbreiteten Gesetzesvorlagen erfährt die Telegraphen-Union folgendes:

Im Zuge der zwischen dem Reichsminister der Finanzen und dem Generalagenten für Reparationszahlungen seit längerem gepflogenen Erörterungen über die Finanz-, Kredit- und Wirtschaftslage in Deutschland in ihren Auswirkungen jubovpavauq iag iag uvjagaavq uag iuv uvbuz Reichsfinanzminister eine Darlegung seiner Auffassung über das öffentliche Finanzwesen und über die Kreditpolitik in Deutschland überreicht. Diese Darlegung liegt den weiteren Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Generalagenten zugrunde, die bereits begonnen haben.

Paris hebt gegen die deutsche Finanzpolitik.

U. Paris, 24. Okt. Dem Schreiben des Reparationsagenten Parker Gilbert wird in Paris außerordentliche Beachtung geschenkt, es bildet das Tagesgespräch der politischen Kreise. Man sieht in diesem Vorgehen eine ergänzende Unterstützung für die eigene Einstellung zum Dawesplan und zu der Finanzpolitik der Regierung. Besonders verargt man es in Paris, daß die Reichsregierung an eine Erhöhung der Beamtenschälter denke und verweist bei dieser Gelegenheit auf den Artikel des Versailler Vertrages, wonach die auf dem deutschen Staatsbürger ruhende Steuerlast mindestens so groß sein muß wie die des meist besteuerten Landes der Entente. Die hauptstädtische Presse erinnert an die deutsche Verwahrung gegen die Kriegsschuldfrage, in der sie nur das Vorspiel einer energischen Kampagne für die Revision des Dawesplanes sieht.

### Reparationsfragen, Sozialpolitik und Verwaltungsreform

Eine Rede des Reichsverkehrsministers.

U. Düsseldorf, 24. Okt. Auf dem deutschnationalen Landesparteitag in Düsseldorf beschäftigte sich Reichsverkehrs-

ministers Dr. H. C. Koch in einer Rede mit Reparationsfragen, Sozialpolitik und Verwaltungsreform. Die bisherigen Leistungen der Daweszahlungen seien, so führte der Minister u. a. aus, nur infolge der Auslandskredite möglich gewesen. Die sogenannten Normalleistungen ständen erst noch bevor. Die innere Aufbringung der Reparationssumme und die damit zusammenhängende starke Auslandsverschuldung sei eine große Belastung unserer Wirtschaft. Auch die Heraushebung des Reichsbankfonds, die Schwierigkeiten der Beamtenbesoldung, Lohnkämpfe und Bergarbeiterstreik gingen letzten Endes auf die durch die Reparationen geschaffenen Verhältnisse zurück. Damit sollte nicht etwa der deutschen Sozialpolitik die Schuld zugeschoben werden. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, habe darauf hingewiesen, daß die deutsche Sozialpolitik unter keinen Umständen den Reparationen geopfert werden dürfe.

Die Frage der Reparationen wirke sich aber auch innerstaatlich aus, und zwar auf das Verhältnis von Reich und Ländern. Die Parteien der Opposition propagierten mit verstärkter Energie den Einheitsstaat. Gewiss seien vielfach Einsparungen möglich. Der Redner verwies dann auf die verschiedenen Verkehrszweige seines Arbeitsgebietes. Positive Arbeit sei bei Ausgestaltung der Reichswasserstraßenverwaltung geleistet. Außer den vom Sparkommissar gemachten Barersparnissen könnten hier durch klaren Behördenaufbau Fortschritte erzielt werden.

### Botschafter von Hoersch bei Briand

U. Paris, 24. Okt. Wie von deutscher amtlicher Seite mitgeteilt wird, stattete der deutsche Botschafter, Herr von Hösch, dem französischen Außenminister am Samstag einen Besuch ab, bei welcher Gelegenheit verschiedene laufende Fragen zur Erörterung kamen.

Zu dem Besuch des deutschen Botschafters bei Außenminister Briand glaubt der gewöhnlich gut unterrichtete Exzeßlor mitteilen zu können, daß die Unterhaltung sich auf alle politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen erstreckt habe, die mit den im Völkerbundsrat und der Völkerbundsversammlung ausgeworfenen Fragen in Zusammenhang ständen. Außerdem hätten sich die beiden Diplomaten über die deutsch-französischen Beziehungen und die künftige Gestaltung des Dawesplanes unterhalten.

## Der Bergarbeiterstreik beendet

### Der Schiedspruch für verbindlich erklärt

U. Berlin, 24. Okt. Der von dem Schlichter am Freitag abend in dem Braunkohlenstreik gefällte Schiedspruch ist von Arbeitnehmersseite angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt worden. Das Reichsarbeitsministerium hat auf Grund dieses Antrages die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen. In der Begründung hierzu wird betont, die Einigung der Parteien sei trotz mehrfacher Vermittlungsversuche nicht gelungen und die Durchführung des Schiedspruches sei nunmehr im öffentlichen Interesse dringend geboten. Damit hat der Lohnstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sein Ende erreicht.

Arbeitswiederaufnahme am Montag.

U. Halle, 24. Okt. Die Bergarbeiter-Delegierten-Konferenz hat nach Bekanntwerden der Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches fast einstimmig die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag beschlossen.

Die Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches in der Bergarbeiterdelegierten-Versammlung hatte folgendes Ergebnis: 331 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 3 weiße Zettel. Das Abstimmungsergebnis gibt, wie aus der Delegiertenversammlung mitgeteilt wird, insofern kein zutreffendes Bild von der tatsächlichen Stimmung in der Versammlung, als die Opposition gegen die Annahme doch erheblich größer war, als rein zahlenmäßig zum Ausdruck kommt. Dabei wird auch bemerkt, daß sich die Opposition durchaus nicht nur auf den radikalen Flügel beschränkte. Auch Vertreter der gemäßigten Richtungen, besonders diejenigen aus den Randrevieren, wandten sich bei aller Anerkennung des Erreichten gegen die Annahme, weil der

Schiedspruch vor allem nicht die geforderte summennmäßige Lohnerhöhung, sondern nur eine prozentuale bringe, die die großen Spannungen innerhalb der Lohnstaffel weiter bestehen lasse. Unter dem Eindruck der ersten Vorstellungen der Gewerkschaftsführer hat anscheinend ein großer Teil der Opponenten, deren Widerspruch während der Verhandlungen munter sehr temperamentvoll zum Ausdruck kam, bei der geheimen Abstimmung den Widerspruch in sich erstickt und für die Annahme des Schiedspruches gestimmt.

Soweit es sich bisher übersehen läßt, wird der von den Gewerkschaften ausgegebene Parole, am Montag früh 6 Uhr die Arbeit im mitteldeutschen Streikgebiet wieder aufzunehmen, voraussichtlich zu mindestens 80 Prozent Folge geleistet werden. In den Belegschaftsversammlungen ist es den Kommunisten nirgends gelungen, eine Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks zu finden. Die Werke haben im allgemeinen den 25. Oktober für die Wiederaufnahme der Arbeit angenommen.

Erste Forderung auf Kohlenpreiserhöhung.

U. Berlin, 24. Okt. Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat und das ostelbische Braunkohlensyndikat haben die sofortige Einberufung einer gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates mit der Tagesordnung: „Neuregelung der Preise für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau“ beantragt.

### Vertagung des Reichstags

U. Berlin, 24. Okt. Der Reichstag ist am Samstag nach einer kurzen Sitzung in die Ferien gegangen und hat sich bis zum 22. November vertagt. Die Samstagssitzung brachte noch einmal den Versuch der Opposition, die Wirtschaftslage im

## Tages-Spiegel

Das Schreiben des Reparationsagenten an das Reichsfinanzministerium hat nicht den Charakter eines offiziellen Schrittes.

In Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reparationsagenten werden die geltend gemachten Bedenken behandelt werden.

Der Brief des Reparationsagenten hat in Paris eine starke Hege gegen Deutschlands Finanzpolitik entfacht.

Der Schiedspruch im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik wurde für verbindlich erklärt. Die Arbeit wird heute wieder ausgenommen.

Der Reichstag hat am Samstag seine Zwischentagung abgeschlossen. Der Wiederzusammentritt erfolgt am 2. Nov.

Der Auswärtige Ausschuss wird heute die Besprechung über das Genfer Verhandlungsergebnis fortsetzen.

Anschluß an den jetzt beigelegten Bergarbeiterstreik zu Tummelplatz parteipolitischer Gespräche zu machen. Die Regierungsparteien wußten das aber zu verhindern. Ein schmerzliches Beispiel für den Mangel an Disziplin gaben die Nationalsozialisten, die aus Verärgerung die endgültige Verabschiedung des Abkommens mit der Regierungskommission des Saargebietes, das die Notlage der Sozialrentner im Saargebiet bessern soll, verhinderten und an ihrem Widerspruch festhielten, auch als die Regierungsparteien ihnen im Interesse der Rentner in der Ausnützung der Redefreiheit sehr weit entgegenkommen wollten. Die Haltung der Nationalsozialisten löste im ganzen Hause lebhafteste Entrüstung aus, zumal da der Reichstagspräsident mitteilte, daß infolge des Einspruches der Nationalsozialisten nun die Sozialrentner vor Januar nicht in den Genuß der Vorteile dieses Abkommens treten würden.

In den nächsten vier Wochen wird also die Arbeit der Ausschüsse die Lage beherrschen. Die Situation ist und bleibt gespannt. Beim Schluß wird der Versuch gemacht werden, schon im Ausschuss zu einer Verständigung zu kommen. Es ist aber mehr als fraglich, ob das möglich ist. Bei der Beamtenbesoldung läßt sich überhaupt nicht übersehen, wie die Dinge gehen werden. Hier überschneiden sich die widerstreitenden Interessen vor der Hand derart, daß auch die Parteiführer nicht wissen, wie sie aus den Verlegenheiten herauskommen sollen.

### Die liberale Vereinigung

#### gegen das Reichsschulgesetz

U. Berlin, 24. Okt. Die liberale Vereinigung hielt am Sonntag unter Vorsitz des Staatsministers Dr. v. Richter in der Deutschen Gesellschaft eine Tagung ab, um zu dem Reichsschulgesetzentwurf Stellung zu nehmen. Staatspräsident a. D. Reichstagsabg. Dr. Hummel, Heidelberg, erklärte, die Kernfrage des Entwurfes sei die Zertrümmerung des Organisationsrechtes des Staates durch die Einführung des Einflusses der „Erziehungsberechtigten“. Der Gewissenszwang gegenüber den Lehrern würde Lehrermangel und Ueberflutung der Schulen mit kirchl. Schulbrüdern zur Folge haben. Staatsminister a. D. Universitätsprofessor Dr. Reindel-Breslau gab einen Rückblick des Verhältnisses von Staat, Schule und Kirche. Im Interesse der Einheit des Reiches müsse man alles tun um einen neuen Kulturkampf unbedingt zu vermeiden. Es wurde dann eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die liberale Vereinigung erhebt Protest gegen den dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes. Statt die Kultureinheit des deutschen Volkes zu fördern und zu vertiefen, mache der Entwurf die Schule zum Kampfesplatz konfessioneller, weltanschaulicher und parteipolitischer Richtungen. Er steht im Widerspruch zur Reichsverfassung, indem er die Gemeinschaftsschule der nach Wortlaut und Sinn des Art. 148 als Regelschule der Vorrang zukommt, in die Reihe der Antragschule verweist. Der Entwurf verletzt die Freiheit und das Verantwortungsgefühl der Lehrerschaft und gibt die Hoheit des Staates an andere Mächte preis, die bestrebt sein werden, den Willen der Erziehungsberechtigten ihrer Botsmäßigkeit zu unterwerfen. Die Ausführung des Entwurfes würde Reich, Staat und Gemeinden unabsehbare Ausgaben verursachen, die unsere schwer belastete Wirtschaft mit neuem Druck belegt.“



## Um die Besoldungsreform

Die Berliner Morgenblätter nehmen zu der Reichstagsrede des Reichsfinanzministers zur Besoldungsreform eingehend Stellung und weisen auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Lösung dieser Reform die Deckungsfrage bringen wird, die vorläufig noch vollkommen ungeklärt sei. Dabei wird auch auf das Schreiben des Reparationsagenten an den Reichsfinanzminister hingewiesen, über dessen Inhalt vorläufig nur Vermutungen im Umlauf sind, da die Reichsregierung dazu noch nicht Stellung genommen hat.

Die „Germania“ sagt, handele es sich bei diesem Brief auch nicht um einen Einspruch, wozu der Agent formell nicht berechtigt sei, so habe man doch mit einem solchen Schritt rechnen müssen, und man werde sich ihm gegenüber am besten so verhalten, wie es einem Vertrauensverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner förderlich sei. Es sei ein umfangreicher und in sich überaus komplizierter Fragenkomplex wirtschafts- und finanzpolitischer Art, der durch die Besoldungsreform aufgerollt werde und mühsam sei die Arbeit, die in den nächsten Wochen auf dem Haushaltsausschuß lasse, dem die schwere Aufgabe obliege, einen gerechten Ausgleich zu finden zwischen den berechtigten Ansprüchen der Beamenschaft und der Leistungsfähigkeit von Wirtschaft, Reich, Ländern und Kommunen.

Der „Lok.-Anz.“ sagt, mit diesem Schreiben Parker Gilberts sei der Schleier rauh zerrissen, den unsere Regierungspolitik für so lieblich und so dicht um den Davesplan gehüllt hätten. Die Verhandlungen im Haushaltsausschuß dürften begreiflicherweise etwas schwierig werden. Reichsfinanzminister Dr. Köhler habe zwar gestern in seiner Reichstagsrede so gesprochen, als ob das Schreiben Parker Gilberts noch gar nicht vorgelegen hätte. Stark entwertet sei dadurch aber, was er darüber ausgeführt habe, daß für das laufende und das nächste Jahr keine finanziellen Schwierigkeiten für die Besoldungsordnung beständen.

## Die Genfer Ratstagung vor dem Auswärtigen Ausschuss

U. Berlin, 22. Okt. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat gestern vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Wallraf (D.) zu einer stark besuchten Sitzung zusammen, um zu den Genfer Verhandlungen Stellung zu nehmen. Weiter stand das Uebereinkommen und Statut über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen auf der Tagesordnung. Von der Reichsregierung nahm Reichsaussenminister Dr. Stresemann an den Verhandlungen teil. Weiter waren Staatssekretär Schubert und Staatssekretär Schmid vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete erschienen.

## Die litauisch-polnische Grenze gesperrt

Neue Litauerverhaftungen in Wilna.

U. Berlin, 22. Okt. Wie Meldungen aus Warschau berichten, ist seit Dienstag die polnisch-litauische Grenze von den litauischen Behörden gesperrt worden. Jeder Verkehr nach Litauen hinein, auch der Verkehr auf Grund der Passierscheine für die Bewohner der Grenzbezirke ist untersagt worden.

Inzwischen beginnen die polnischen Behörden wieder mit den Verhaftungen von Litauern. So wurden in der Nacht zum Mittwoch bei Hausdurchsuchungen im Wilnaer Gebiet einige den Polen verdächtige Personen verhaftet, unter denen sich auch einige Geistliche befinden.

## Der unruhige Balkan

U. Belgrad, 22. Okt. Im jugoslawischen Außenministerium werden die Gerüchte bestätigt, daß es ein mazedonisches Komitee gibt, das sich die Ermordung des jugoslawischen Königs, wie der jugoslawischen Gesandten in Paris und Athen zum Ziele gesetzt hat. Nach Meldungen aus Monastir sind die griechischen Grenztruppen mit mazedonischen Komitatsschützen bei dem Ort Nivica in ein lebhaftes Feuergefecht geraten, wobei auf beiden Seiten Tote und Verwundete zu beklagen sind. Die auf griechisches Hoheitsgebiet vorgedrungenen Komitatsschützen haben den Gemeindevorsteher des Ortes festgenommen und entführt. Auf die Ergreifung der geflüchteten Komitatsschützen wurde eine Belohnung von 40 000 Franken ausgesetzt.

## Das unruhige Mexiko

Neuer Banditenüberfall auf einen Eisenbahnzug.

U. London, 22. Oktober. Wie aus Laredo in Texas gemeldet wird, ist südlich von San Louis Potosi ein Eisenbahnzug von mexikanischen Banditen überfallen und ausgeplündert worden. Die Banditen brachten zwei Bomben zur Explosion, wodurch der Zug zum Halten gebracht wurde. Von den Passagieren wurden 8 getötet und zahlreiche andere verletzt. Den Räubern fielen etwa 50 000 Dollar in die Hände. In dem Zug befanden sich auch mehrere Verwandte des mexikanischen Präsidenten Calles, die jedoch nicht belästigt wurden. Den Banditen gelang es, unbehelligt zu entkommen.

Nach einer weiteren Meldung aus Mexiko wurde im Grubenbezirk von Rayarti ein von einer Militäreskorte begleiteter Geldtransport von Banditen überfallen. Die Verbrecher töteten 4 Soldaten und raubten einen Postfach und etwa 2000 Dollar. Auch hier konnten die Banditen flüchten.

## Kleine politische Nachrichten

Allmähentliche Sitzung der Zentrumsfraktion während der Reichstagsferien. Wie die „Germania“ meldet, hat die Zentrumsfraktion des Reichstags in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, während der bevorstehenden Reichstagsferien in jeder Woche, und zwar Donnerstag nachm. 5 Uhr Fraktionsitzungen abzuhalten, um die Fühlung mit den wichtigen Ausschussberatungen (Schule und Besoldungsreform) aufrechtzuerhalten.

## Vom Landtag

Stuttg., 23. Okt. Bei den nächsten württ. Landtagswahlen wird, wie wir erfahren, auch die neugegründete Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) besondere Wahlvorschlüge einreichen.

Stuttg., 22. Okt. Auf der Tagesordnung der am nächsten Donnerstag, den 27. Oktober, nachmittags 4 Uhr beginnenden Sitzung des Plenums des Landtags stehen neben 8 kleinen Anfragen die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Gewährleistung des württembergischen Staates für die Verzinsung der Hypothekendarlehen des württ. Hypothekensvereins, ferner die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Anlegung von Mündelgeld bei Banken, weiter des 5. und 6. Nachtrags zum Staatshaushaltsgesetz für 1926 und 1927, weiter die Beratung des Landesjugendgesetzes und eines Gesetzes über die geschützten Tage und die allgemeinen (bürgerlichen) Feiertage, außerdem noch Anträge des Finanzausschusses, Petitionsausschusses und Rechtsausschusses zu verschiedenen Eingaben.

## Was kostet die nächste Landtagswahl?

Die württ. Regierung hat in dem jetzt fertiggestellten und dem Landtag übersandten Entwurf eines Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1928 bei dem Etatkapitel des Ministeriums des Innern auch schon den voraussichtlichen Aufwand für die 1928 fällige Wahl zum württembergischen Landtag, und zwar in Höhe von 70 000 Mark eingestellt. Die letzte Landtagswahl von 1924 hatte einen Aufwand von 40 000 Mark verursacht. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die damalige Wahl im Zusammenhang mit der Reichstagswahl getätigt wurde und daß damals die Porto- und Telephongebühren wesentlich niedriger waren. Inzwischen sind Porto- und Telephongebühren, aber auch verschiedene Tarife erhöht worden, so daß die Kosten für die Herstellung der Wahlzettel, für die Einbringung der Wahlergebnisse usw. jetzt erheblich höher sind. Nach Art. 37 des Wahlgesetzes und Paragr. 109 der Landesverfassung bekommen auch die Gemeinden die Hälfte der ihnen bei der Wahl entfallenden Kosten wieder vom Staat ersetzt. Die Regierung hat daher vorsichtigerweise für die Kosten der nächsten Landtagswahlen den Betrag von 70 000 Mark vorgesehen.

## Aus Württemberg

Ein Riesenballon der Deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt.

Die deutsche Versuchsanstalt für Luftschiffahrt in Berlin hat bei der Luftfahrzeuggesellschaft, die die Parvevalschiffe baute, einen Riesenballon mit einem Nenninhalt von 9500 Kubikmeter bauen lassen, um die Eigenschaften eines Flugzeugmotors in verschiedenen sehr großen Höhenlagen zu erproben, und zwar in Höhen, die einmal für den Luftverkehr der Zukunft in Frage kommen werden. Zu diesem Zwecke ist die Gondel besonders konstruiert, damit sie einen kleinen Versuchsmotor bis zu 10 000 Meter Höhe trägt. Der neue Riesenballon „Bartsch von Sigelsfeld“ übertrifft den Ballon „Preußen“ um 100 Kubikmeter, mit dem am 31. Juli 1901 die Professoren Berson und Siring damals den Höhenweltrekord mit 10 800 Meter aufgestellt haben. Der Ballon wurde in der großen Montagehalle 2 des Luftschiffbau Zeppelin gefüllt. Mit dem ersten wissenschaftlichen Höhenflug konnte gestern begonnen werden. Zur Beobachtung des Verhaltens des Riesenballons machte zu gleicher Zeit Dr. Dürr des Luftschiffbau Zeppelin und Luftschiffkapitän Wittemann mit dem Ballon „München“ der Bayr. Luftfahrtgesellschaft (Inhalt 800 Kubikmeter) einen Simultanaufstieg. Bei herrlichem Wetter glichen beide Aufstiege glatt von statten und in beträchtlicher Höhe zogen beide in östlicher Richtung dem Bayerischen Allgäu zu.

Das neue Landesjugendgesetz.

Von dem Vorstand des Wohlfahrts- und Jugendamts Stuttgart, Direktor Aldinger, gehen uns folgende Ausführungen zu: Unter den Vorlagen, mit denen sich der Landtag bei seinem demnächstigen Zusammentritt zu befassen haben wird, nimmt der Entwurf eines Landesjugendgesetzes seiner Bedeutung nach eine der ersten Stellen ein. Vor allem in den Kreisen unserer Jugendfürsorge sieht man den Beratungen und dem Zustandekommen dieses Gesetzes mit großem Interesse entgegen. Es ist nicht Neuland, das der Gesetzgeber hier in Angriff nimmt; er hat sich lediglich die Aufgabe gestellt, unsere durch das württ. Jugendamtsgesetz vom 8. Oktober 1919 ins Leben gerufenen Jugendwohlfahrtsbehörden in ihrem Aufbau den Vorschriften des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes anzupassen und für ihre Arbeit die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu geben. Wie bisher, so hat auch in Zukunft grundsätzlich jede Amtsför-

## Fern im Süd' das schöne Spanien.

Roman von Erica Grupe-Brücher.

45) (Nachdruck verboten).

Deswegen klatschte sie laut einige Male in die Hände. Dann laufte sie. Als alles still blieb, wiederholte sie das Hänbellatschen. Nach einigen Sekunden erklang aus geringer Entfernung das Aufschlagen eines Stodes. Sie war zufrieden. Näher kommende eilige Schritte sahen, daß der herbeigerufene Wächter sie gehört und zu ihr herankam.

Eine Männergestalt tauchte jetzt um die Ecke und kam zu ihr. In angstvoller Hast erzählte sie ihm die Bitt. Ihre Tochter schiene schwer erkrankt. Dr. Lopez müsse sofort geholt werden. Der Wächter war es zufrieden. Er selbst durfte den ihm anvertrauten Häuserblock nicht verlassen. Aber der Serreno war ja für solche Fälle da! Und er ging und holte den zweiten Wächter, der sich müde auf einen Häuservorsprung gesetzt hatte und etwas eingenickt war.

Er gab dem Kollegen die nötige Anweisung und Adresse des Arztes und entfernte sich dann selbst schnell wieder, da ein Hänbellatschen an irgend einer anderen Ecke des Häuserblocks ihn wieder wegrief, um dort noch einen Sitzabgebenden in ein Haus zu lassen und ihn die Haustür aufzuschließen.

Der Serreno begab sich auf die Suche nach dem anderen Serreno des anstößenden Häuserblocks. Er war noch schlaftrunken und der Weg war nicht unbeschwerlich, das Plaster holprig, der einzige Gehweg so schmal, daß der Fuß fortwährend bei abschüssigen und ausgetretenen Steinen herabstürzte. Auf seinem Ruf kam der Serreno des anderen Blockes heran und empfing die Anweisung, um diese dann seinerseits wieder schnell und ohne Verzug dem Kollegen des nächsten Häuserblocks weiterzugeben. So reibte sich der Auftrag von einem der Serrenos zum anderen, bis er an das Häuserquadrat gelangte, in welchem Dr. Lopez wohnte. Es war nicht sehr weit. Der Arzt wohnte im Zentrum der Stadt, da seine Eltern nach das alte Familienhaus innehalten, das im einstigen inneren Festungsquartier lag.

Während die Mutter zum Nachtwächter auf die Straße hinabgestiegen war, hatte Lauria, das Gesicht in die Hände

an die Rippen gelehrt, dazulegen. Neben den Schmerzen stiegen Neue und Vorwürfe auf. Sie hatte nicht nur die Mutter hinter sich gelassen und den Gedanken an einen Ausbruch mit Bekannten drohen auf der Höhe des Montjuich mit Pindia im Freien gelassen, sondern hatte auch ihren treuesten und anhänglichsten Verehrer verlassen, um mit einem feinen Herrn in Verbindung zu treten.

Sie beruhte, — und ebenso sehr fürchtete sie sich vor Betrug. Der ließ nicht mit sich spielen! Das wußte sie. Und so treu und anhänglich er gegen sie war, — so leidenschaftlich würde sein Horn sein, wenn er erst als Tatsache heraus hatte, — daß sie nun mit jenem feinen Herrn in Verbindung war.

Aber der Mutter das jetzt alles eingestehen? Es erschien ihr unmöglich!

Die Arztkarte klopfte durch die offene Tür in den sichtbaren Teil des Nebenzimmers. Es war ihr Wohn- und Schlafzimmer, in der schmalen, primitiven Einrichtung und dem wenig wohlhüllenden Charakter, wie er den spanischen Zimmern eigen war.

Minas in der Stille der Nacht wusch die Naht um ihr Seelenheil auf. „Wenn es sich noch mehr verschlimmert, — soße ich den Padre holen! Er muß kommen und mir Absolution geben.“ — kann sie. Und als sie nach einem neuen fürchterlichen Schmerzanfall wieder erschöpft in die Rippen fiel, suchten ihre hörenden Gedanken von neuem nach Rettung und Anweisung: „Wenn ich wieder gesund werde, will ich dem reichen Herrn den Dank geben. Denn er heiratet mich doch nicht, sondern irrend eine vornehme Sennorita. Und die Geschenke die er mir macht, vergiften mein Seelenheil. — Ich werde Serrenos heiraten.“

Und das wieder klag, und die Schmerzen mit ihm. Und in den immer unklarer werdenden Gedanken wand sich ihre Seele in der Angst um die Qualen des Fegeseuers. —

Dr. Lopez wurde durch vier gleichmäßige und schwere Schläge des großen Messingkopfers an dem hohen Hauptportal in der Nacht geweckt. Er wachte sofort wach. Der Serreno würde ihm den Bescheid bringen, den er selbst aus dem anstößenden Häuserblock erhalten und der ihn zu einem eiligen nächtlichen Besuch zu einem Schwerkranken rief.

Don Diego zögerte keinen Augenblick auf diesen Hilferuf, der ihn in eine der winkligsten, armseligsten Straßen des alten Viertels holte. Die brave Eusa hatte seinem Elternhause treu gedient, bis sie sich in späten Jahren mit dem Bildhauer Torre verheiratete. Ihr Mann war schon vor einiger Zeit gestorben. Trotzdem er fast ein Künstler in seinem Beruf gewesen, hatt. doch sein Arbeitgeber an seinen modelierten Kreuzfixen im Verhältnis am meisten verdient, und die brave Eusa hatte sich und ihre schöne Lauria tapfer weiter durchschlagen müssen. Die schöne Lauria plöglig erkrankt? Was gab es? Der Serreno meldete, es sei ein dringender Fall und die Witwe Torre siehe Dr. Lopez an, unverzüglich zu kommen.

Ein unangenehmer Wind war, entgegen den sonstigen Temperaturverhältnissen, am Abend angekommen. Die Straßen waren vollkommen leer. Nur hier und da stand noch ein Nachbummler vor seiner Haustür und tief durch Hänbellatschen den Vigilanten herbei, um sich durch den Nachtwächter das Haus aufschließen zu lassen. Schnell hatte Diego Lopez die engen Straßen des alten Viertels erreicht. Am Tage waren die Straßen von einer geradezu beängstigenden und erschöpfenden Lebhaftigkeit. Jetzt thronen all die lächelnden blonden Frauengesichter mit der neuen Frisur einsam in den vielen Schaufenstern der Perroqueros (Friseur). Das schwarze Haar der Spomerin war vulgär. Wolke man etwas Schönes herausheben, so stellte man stets eine — blonde Schönheit hin! Der Wind rüttelte an den Ladenhültern und ließ den Schein der Laternen überall die Ruwekläden, überall den bligenden, funkelnden Land tanzen, den die spanischen Frauen so liebten und vor dem sie sich am Tage immer in Scharen drängten.

Hoch, schmalbrüstig, altersgrau flogen die Häuser in all den winkligen Straßen auf. Immer schmaler die Gassen. Immer dunkler, immer schwerer, verborbener, ungelichteter die Atmosphäre. Arme Menschen, die hier ihr Leben fristen mühten! Verperrt von Sonne und Licht in dunkle, kleine Zimmer eingesperrt, von allem frischen Luftzug abgeschnitten, allen Ausdünstungen der dichtbesetzten Nachbarhäuser ausgelegt, schritt das Gespenst des Typhus Jahr um Jahr durch diese engen Gassen, in deren feuchten, alten Ecken er sich unaussprechbar eingenistet hatte! (Fortsetzung folgt.)



perschaft ein Jugendamt zu errichten. Abweichende Regelungen sind mit Genehmigung des Innenministeriums auch fernerhin möglich. Dem Reichsgesetz entsprechend ist das Jugendamt jetzt eine kollegiale Behörde. Ein Mangel des Entwurfs ist es, daß der erste Beamte des Jugendamts, der der wichtigste persönliche Träger der öffentl. Jugendfürsorge ist, in Abweichung von dem fast überall im Reich geltenden Recht im Jugendamtskollegium, nur beratende, nicht aber beschließende Stimme hat. Zu begrüßen ist die Sicherung der Mitwirkung der Frau in der öffentlichen Jugendfürsorge. Landesjugendamt ist das Innenministerium. Ihm ist zur Begutachtung von grundsätzlichen Fragen ein Beirat beigegeben. Daß der Entwurf diesem Beirat die Rolle eines lediglich begutachtenden, nicht eines leitenden Kollegiums zuweist, mag die Führung der Geschäfte des Landesjugendamts zwar vereinfachen, widerspricht aber den Bestimmungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Wenn der Entwurf die Aufsicht über die Anstalten zur Erziehung und Pflege von Kindern grundsätzlich staatlichen Behörden oder deren Beauftragten überträgt, so ist die Frage berechtigt, ob nicht wenigstens für Anstalten von vorwiegend örtlicher Bedeutung die Aufsicht durch die Jugendämter das Gegebene wäre. Die Durchführung der Fürsorgeerziehung bleibt Aufgabe der Landesfürsorgebehörde, und zwar ihres Fürsorgeerziehungsausschusses. Zur Stellung eines Antrags auf Fürsorgeerziehung sind nach dem Entwurf neben den Jugendämtern alle Behörden berechtigt, die von der Verwahrlosung eines Minderjährigen Kenntnis erhalten. Außerdem ist das Innenministerium befugt, dieses Antragsrecht auch freien Vereinigungen für Jugendwohlfahrt einzuräumen. Ob das einer einheitlichen und einfachen Behandlung der einzelnen Erziehungsfälle dienlich ist, erscheint sehr fraglich. Es dürfte doch durchaus genügen, daß jedermann die Befugnis hat, die Einleitung eines Fürsorgeerziehungsverfahrens beim Amtsgericht oder beim Jugendamt anzuregen; das Jugendamt aber sollte die einzige Behörde sein, der ein förmliches Antragsrecht zukommt. Hingewiesen werden soll noch darauf, daß der Entwurf als Sondergesetz für die Jugendfürsorge der Entwicklung, die die Einrichtung der Jugendämter bei uns in Württemberg genommen hat, nicht voll gerecht wird; bildet doch in der Mehrzahl unserer Bezirke das Jugendamt heute lediglich eine Abteilung des Bezirkswohlfahrtsamts, daß die gesamte gehobene Fürsorge umfasst, und sind doch in der Landesinstanz die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, insbesondere auch die der Jugendfürsorge auf die verschiedensten Behörden und Stellen verteilt. Daraus ergeben sich allerlei Mißstände und Nachteile, die eine Zusammenfassung dieser weitverzweigten Organe und ihrer Funktionen in einem zentralen Landeswohlfahrtsamt je länger je mehr zur zwingenden Notwendigkeit machen. Es wäre sicher freudig begrüßt worden, wenn an Stelle eines Landeswohlfahrtsgesetzes nach dem Vorgang von Sachsen ein Landeswohlfahrtsgesetz geschaffen worden wäre, das sowohl die Jugendfürsorge als die übrigen Zweige der öffentlichen Wohlfahrtspflege einheitlich regelt. Da aber zurzeit wohl wenig Aussicht auf Verwirklichung dieses Gedankens besteht, ist um so dringlicher zu wünschen, daß dem vorgelegten Entwurf des Landesjugendgesetzes die oben angeregten Verbesserungen zuteil werden.

## Aus den Parteien

### Reichstagung der Sparrer, Rentner und Gläubiger.

Am 22. und 23. Oktober hielt in Stuttgart die im August 1926 in Erfurt gegründete Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) ihren 1. Reichsparteitag ab. Die Tagung war zugleich eine Reichstagung der Sparrer, Rentner und Gläubiger, eine Kundgebung der durch Krieg und Inflation Geschädigten für eine gerechte Verteilung der Lasten der Kriegs- und Nachkriegszeit auf alle Genossen nach ihrer Leistungsfähigkeit und gegen den Versuch, diese Lasten auf bestimmte Gruppen der Bevölkerung, im wesentlichen durch die Inflations- und Aufwertungs politik abzuwälzen.

In der ersten Versammlung am Samstag sprachen als Referenten Finanzminister v. Jumelet-Dresden, Min.-Rat Spindler-Stuttgart, Prof. Bauer-Nagold, Herr v. Colomb, Landesvorsitzender des Rentnerbunds in Rassel, Ober-Reg.-Rat Krauß-Stuttgart und Dipl.-Ing. Steinheil-Heidenheim über die Aufwertungsfrage, Hauszinssteuer, Daweslasten, Rentnerversorgung, Angestelltenfragen und Mieterfragen.

Am Sonntag vormittag fand im großen Saal des Sieglhauses, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, eine große öffentliche Kundgebung statt unter dem Motto: „Der Kampf um das Recht“. Der Vorsitzende, Prof. Bauer-Nagold begrüßte die stattliche Versammlung und besonders die Vertreter der staatl. und staatl. Behörden. Der Hauptredner war der frühere Staatssekretär Graf v. Posadowsky-Naumburg, der die Aufwertungsgeetze als grausam, ungerecht und wirtschaftlich verfehlt bezeichnete. In eingehenden Ausführungen zeigte er dann die Widersprüche zwischen den Versicherungen der Regierung und der Parteien und ihren Taten auf. Die Aufwertungsfrage ist keine wirtschaftliche, sondern eine moralische und eine Rechtsangelegenheit. Wegen vorübergehender Zahlungsunfähigkeit der Schuldner hat man die Forderungen der Gläubiger dauernd vernichtet. Darin liegt das große Unrecht. Die Reichsregierung soll froh sein, daß die Volksrechtspartei sich gebildet hat, denn sonst würden Zehntausende entrechteter Sparrer für die Komm. Partei stimmen. Wir verlangen Recht und nicht Almosen. Mit Nachdruck erklärte der Graf, daß er mit der Politik, die die Deutschnationalen heute treiben, nichts mehr zu tun habe. Seine Rede erntete

stürmischen Beifall. Als zweiter Redner sprach der Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Lobe-Weipzig, der die Aufwertungsgeetze als verfassungswidrig erklärte. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der von den deutschen Regierungen und Parlamenten verlangt wird, daß sie endlich den Willen zur Wiedergutmachung des dem deutschen Volke durch die Inflationspolitik zugefügten Unrechts ausbringen. Weiter wird gefordert eine grundsätzliche und grundlegende Neuregelung der gesamten Aufwertungsfrage, ferner der offizielle Widerruf der Erklärung, daß Deutschland durch die Inflation im Innern entschuldet sei und von dieser Grundlage aus die unverzügliche Revision des Dawes-Gutachtens.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 24. Oktober 1927

### Das Kreditwesen der deutschen Sparkassen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages wird sich in nächster Zeit wieder mit Kredit-Angelegenheiten, die besonders die Landwirtschaft und den gewerblichen Mittelstand betreffen, beschäftigen. Die Sparkassen spielen natürlich bei der Frage der Kreditgewährung eine große Rolle. Ein statistischer Überblick, der die letzten drei Jahre umfasst, gibt bemerkenswerte Zahlen. Der Hauptkunde der Sparkassen ist das selbständige mittelständische Gewerbe, das im Jahre 1924 für insgesamt 697,1 Millionen Reichsmark Kredite erhielt. Da die Spareinlagen sich dauernd erhöhten, konnten im Jahre 1925 bereits 1103,5 Millionen Mark Kredite an den gewerblichen Mittelstand gegeben werden; im Jahre 1926 waren es bereits 1900 Millionen Mark. — An die Landwirtschaft wurden erheblich weniger Kredite gewährt. Im Jahre 1924 waren es nur 217,5 Millionen Mark, im Jahre 1925 stieg die Summe der Kredite auf 320,7 Millionen, während im vergangenen Jahr für 560 Millionen Reichsmark Darlehen an die Landwirtschaft gegeben wurden.

### Vom Rathaus Altensteig.

Die Oberpostdirektion Stuttgart teilt mit, sie könne sich nicht entschließen, dem Antrag des Gewerbevereins und des Verkehrsvereins auf Einrichtung einer Kraftpostverbindung zwischen Altensteig, Eggenhausen und Waldborf zu entsprechen, da die Beschaffenheit der Straßen nicht befriedigend sei und außerdem dauernd mit einem Abmangel gerechnet werden müsse, weil für die Linie nur der örtliche Verkehr der Orte Eggenhausen und Waldborf mit Altensteig in Betracht käme. In der Ansprache wird ein neuer Vorschlag, welcher jedoch eine Verbindung mit Waldborf nicht vorsieht, beraten. Es wird beschlossen, den Gewerbeverein und den Verkehrsverein zu ersuchen, gemeinsam mit einer gemeinderätlichen Abteilung mit den beteiligten Gemeinden in Fühlung zu treten. — Das Ministerium des Innern hat den Gemeinden Anweisung gegeben, alsbald über die Gewährung von Vorschusszahlungen an Gemeindebeamten und Angestellte auf die ab 1. Oktober eintretende Befoldungsverbesserung, veranlaßt durch die Unzulänglichkeit der Bezüge, in gleicher Weise wie dies Reich und der Staat für die Reichs- und Staatsbeamten getan, Beschluß zu fassen. Die Zahlung der Vorschüsse von monatlich etwa 640 M ab 1. Oktober 1927 werden genehmigt. — Nachdem der Gemeinderat am 30. März 1927 der Landesversicherungsanstalt gegenüber eine 20prozentige Aufwertung eines Vorkriegsdarlehens zugestimmt hat, wird der Vorsitzende ermächtigt, den von der L. V. A. im Benehmen mit der Min.-Abt. aufgestellten Darlehensvertrag mit Schuldanerkenntnis zu unterzeichnen. — Die Arbeiten zur Erneuerung der schadhaften Staffeltreite am Schulberg und bei der Apotheke, sowie des Staffelaufgangs an der Mühlfstraße zur alten Steige und der schadhaften Mauerdeckel und Mauersteine am alten Friedhof werden dem Joel Walz, Maurermeister, um den Voranschlag übertragen. Der Anstrich des äußeren Zaunes am alten Friedhof wird an Gipper Dürr um 3 Prozent unter dem Voranschlag vergeben, ferner wird der Akkord über die bei Erstellung des geplanten Transformatorhauses vorkommenden Bauarbeiten genehmigt. — Das Innenministerium drängt mit Erlaß vom 15. ds. Mts. erneut auf Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes, sofern nicht außergewöhnliche Umstände die Beibehaltung rechtfertigen. Nach Aussprache wird abgestimmt und mit 5:3 St. (Wieland, Schittler, Hennefahrt) beschlossen, das Wohnungsmangelgesetz (die Wohnungszwangswirtschaft) für die hiesige Stadtgemeinde mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Um etwa entstehende Zweifel von vornherein zu beseitigen, wird bemerkt, daß das Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter dadurch nicht berührt wird, also bestehen bleibt. Mietverhältnisse können auch künftig nicht ohne weiteres vom Vermieter gegen den Willen des Mieters aufgehoben werden, vielmehr ist hierzu ein gerichtliches Urteil (auf Klage des Vermieters) notwendig. Bei Streitigkeiten über die Höhe des Mietzinses entscheidet ebenfalls das Amtsgericht als Mieteinigungsamt. Aufgehoben ist das, dem Stadtschultheißenamt angegliederte Wohnungsamt und damit u. a. die Befugnis desselben zur Beschlagnahme von Wohnungen und zur Verweigerung der Z. g. g. Verlaubnis. Die beim Wohnungsamt bisher geführte Vormerkungsliste für Wohnungssuchende wird geschlossen; eine Wohnungsvermittlung findet künftig nicht mehr statt. — Zur Abhaltung von Vorbereitungskursen zur Meisterprüfung wird vom Ende Oktober 1927 bis Januar 1928 der Saal der Gewerbeschule kostenlos zur Verfügung gestellt.

Aus der vorhergehenden Sitzung wird noch nachträglich berichtet: Der von Forstmeister Müller aufgestellte Kultur- und Nutzungsplan für das Jahr 1928 wird genehmigt. — Die Arbeiten zu dem Umbau des Tannbachwegs, 1. Teil, werden dem Maurermeister Belzer, Besenfeld um 6,5 Prozent Ab-

gebot und unter den Akkordbedingungen übertragen. — Bis zum 1. Oktober bestand die Möglichkeit, ein Gesuch um Aufschub der Durchführung der 8jährigen Schulpflicht, beim Oberamt einzureichen. Der Ortschulrat und der Gemeinderat machen jedoch hievon keinen Gebrauch, wünschen vielmehr die Einführung des 8. Schuljahres vom Frühjahr 1928 an, da die vorhandenen Schulräume vorläufig ausreichen und die allgemeine wirtschaftliche Lage sowie die fortschreitende Entwicklung der Wissenschaft und Technik vertiefte und erweiterte Kenntnisse und Fertigkeiten erfordere. Die 7jährige Schulpflicht entspreche nicht mehr den Anforderungen, die an die aus der Schule Entlassenen im Leben gestellt würden. Die Anstellung einer unständigen weiteren Lehrkraft ist notwendig. — Der heurige Obstverkauf mit einem Ertrag von 120 Ztr. und Erlös von 661 M wird genehmigt. — Schlossermeister Ackermann beabsichtigt bei der Scheuer des Schwannewirts Armbruster (am Hansgäßle) eine Autoreparatur-Werkstätte zu erstellen. Der Ortsbautechniker regt die Festlegung einer Baulinie daselbst an; die Stadt ist als Nebenlieger beteiligt. Es wird beschlossen, von der Festlegung einer Baulinie am Hansgäßle vorläufig Abstand zu nehmen und als Beteiligter gegen das Baugesuch des Schlossermeisters Ackermann nichts einzumenden. — Auf Antrag des Gemeinderats Schittler wird die Anbringung einer Glühlampe beim Brunnen im Stadtpark, damit auch nach Eintritt der Dunkelheit dort von den Vereinen geturnt werden kann, genehmigt.

### Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Von Westen nähert sich eine Depression. Unter ihrem Einfluß ist für Dienstag und Mittwoch bedecktes und auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

SCB. Nagold, 23. Okt. Am Freitag nachmittag fiel der fünf Jahre alte Werner Monanni beim Spielen in den Kanal hinter der Mauerischen Mühle. Außer einem gleichaltrigen Spielkameraden hatte niemand den Vorfall beachtet. Das kleine Kind lief fort, um seinen Großvater zu Hilfe zu holen, doch war der kleine Monanni bereits bis an die Schiffsbrücke getrieben. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

SCB. Pforzheim, 22. Okt. Die Pforzheimer Kunstgewerbeschule blickt in diesem Jahr auf ein 50jähriges Bestehen zurück. Die Jubiläumsfeier soll etwa Mitte Dezember stattfinden. Die Vorbereitungen hierfür sind in vollem Gang. In einer Jubiläumsausstellung soll gezeigt werden, in welcher Weise die Schüler zu ihrem späteren Beruf vorbereitet und erzogen werden.

SCB. Weitingen, O. A. Horb, 22. Okt. Abends wurde auf der Straße Eyach-Mähringen im Walde der 65 Jahre alte Schuhmachermeister Friedrich Epple von Mähringen von zwei Mannspersonen im Alter von 20—30 Jahren in räuberischer Weise überfallen. Einer der Täter faßte Epple am Hals und rief: Das Geld her oder das Leben, während der andere im Sträßengraben stehen blieb. Als der Ueberfallene sagte, er sei ein alter, armer Schuhmacher und habe nur ein paar Pfennige in der Tasche, ließen die Räuber von ihrem Opfer ab und verschwand in der Dunkelheit im Walde, ohne daß sie hätten erkannt werden können.

SCB. Mähringen O. A. Horb, 22. Okt. Ein Horber Motorradfahrer wollte am Donnerstag an der bei Schreinermeister Hebe gelegenen Tankstelle sein Benzin ergänzen. Wohl durch Undichtigkeit der Karbidlampe fing das aus einem Tank genommene Sieb Feuer und übertrug sich auf den Benzintank, der sofort explodierte. Die dabei Stehenden, außer dem Motorradfahrer die Tochter des Hebe, erlitten schwere Brandwunden und mußten ins Krankenhaus Horb bzw. nach Tübingen verbracht werden. Das Motorrad selbst ist völlig demoliert und gänzlich zusammengebrannt.

SCB. Stuttgart, 22. Okt. Die Bauten der Weissenhofiedlung der Werkbundausstellung sind mit einer neuartigen Anlage versehen worden, die die Hausnummern und Straßenschilder bei Nacht beleuchtet. Nachdem schon in einer Reihe norddeutscher Städte, ferner in Karlsruhe verschiedene Straßenzüge mit Hausnummern-Lampen und Straßenschildern versehen worden sind, beabsichtigt eine Gesellschaft auch in Stuttgart, sowie in einigen weiteren württembergischen Städten Probefahrten mit beleuchteten Hausnummern und Straßenschildern einzurichten.

SCB. Stuttgart, 22. Okt. Auf Grund der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat das Landesamt für Arbeitsvermittlung nach Benehmen mit den beteiligten obersten Landesbehörden und dem Verwaltungsausschuß des Landesamts für Arbeitsvermittlung bestimmt: Im Bezirk des Württ. Landesamts für Arbeitsvermittlung wird eine Spruchkammer für Württemberg mit dem Sitz in Stuttgart und eine für den Preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen mit dem Sitz in Sigmaringen errichtet.

SCB. Reutlingen, 22. Okt. Wie der Reutlinger Generalanzeiger hört, wird am Samstag im Zusammenhang mit einer Tagung deutscher und österreichischer Handelskammervertreter in Stuttgart unsere Gegend von prominenten Persönlichkeiten der deutschen und österreichischen Wirtschaft besucht werden. An der Spitze der aus etwa 25 Herren bestehenden österreichischen Delegation steht der frühere österreichische Gesandte in Berlin, Erz. Dr. Medl, während die Führung auf deutscher Seite in den Händen des Präsidiums des Deutschen Industrie- und Handelstags liegt, in dessen Vertretung die Herren Franz von Mendelssohn, Reichsminister a. D. Hamm, die Herren Melchior, Warburg, Borfig, Reichsminister a. D. Schiffer, Staatssekretär Töpfer, Staatssekretär Mayer und zahlreiche andere Persönlichkeiten an der Exkursion teilnehmen.



**CEB. Mehlingen, 22. Okt.** Die Frage der Verbesserung der hiesigen Schlachthausverhältnisse ist wiederholt im Gemeinderat zur Beratung gestanden. Nun hat der Spezialfachverständige für Schlachthofkunde, Oberveterinär Dr. Geiß in Straubing, ein Gutachten abgegeben und einen Plan für die baulichen Veränderungen und die technische Einrichtung vorgelegt. Dieser Plan, der einen Aufwand von 35 000 M vorstelt, ist vom Gemeinderat gutgeheißen worden. Von der Erstellung eines Kühlhauses, das auf etwa 70 000 M zu stehen kommen würde, wurde im Einverständnis mit den Metzgeren zunächst abgesehen.

**CEB. Sonthelm a. Br., 22. Okt.** Der von hier gebürtige 57 Jahre alte ledige Tagelöhner Matthäus Scheerer, der zumeist in der Bächinger Gegend als Gelgenheitsarbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben arbeitete, begab sich zum Übernachten — er besaß keine weiteren Angehörigen — in eine hiesige Scheuer. In der Dunkelheit ist er wahrscheinlich vom Oberling auf die Tenne gefallen. Man fand ihn am anderen Morgen mit einem Schädelbruch tot am Boden liegen, neben einigen Büscheln Stroh und etwas Dohnd, die er im Fallen noch mitgerissen hatte. Die Leiche des Verunglückten wurde nach Tübingen verbracht.

**CEB. Heilbronn, 22. Okt.** Zum zweigleisigen Ausbau der Eisenbahnstrecke Osterburken-Immendingen ist die Amtskörperschaft mit 7 Prozent, das sind 350 000 M beteiligt. Die Amtsversammlung genehmigte die Aufnahme einer Schuld im Betrage von 325 000 M. Das Vermögen der aufgelösten Amtskörperschaft Weinsberg berechnet sich auf 58 085 M. Hier von entfallen auf die Amtskörperschaft Heilbronn 69,18 Prozent, das sind 40 154,18 M. Außer den Gebäuden, Grundstücken und Einrichtungsgegenständen sind auch die am 1. April 1926 vorhandenen gewesenen Forderungen der aufgelösten Amtskörperschaft Weinsberg zum Wert von 4448 M übernommen worden. Die Amtsversammlung genehmigte die Vermögensauseinandersetzung und stimmte der Ueberlassung eines Steinbruchs auf Markung Maiensfels an die Amtskörperschaft Dehringen um 6000 M zu. Der Haushalt der Amtskörperschaft 1927 schließt mit einem Abmangel von 1 485 000 R.M. ab. Beantragt wird eine Umlage auf das Gesamtkataster von 1 027 000 R.M. und auf das Kataster der Landgemeinden von 458 000 R.M. Ferner beschloß die Amtsversammlung, die Anleihen bei der Oberamtsbank mit 15 Proz. aufzumerken und diesen Betrag vom 1. Jan. 1927 ab mit 5 Prozent zu verzinsen.

**CEB. Waldstetten N. Gmünd, 22. Okt.** Vielfach werden in den Kleinkinderschulen sog. Ausstecharbeiten vorgenommen. Bei solchen wurde hier einem Mädchen ein Auge ausgestochen. Sofort wurde die Kirchengemeinde, die der Kleinkinderschule das Lokal unentgeltlich zur Verfügung stellt, zu einem Schadenersatz von mindestens 4000 M bei der Landeszivilkammer Ellwangen eingeklagt. Zum Glück war die Kleinkinderschule gegen Unfall in Versicherung. Der Fall wurde dann von der Versicherungsanstalt durch eine einmalige Entschädigung im Betrag von 650 Reichsmark geregelt. Die fraglichen Arbeiten dürfen aber in der Kleinkinderschule nicht mehr vorgenommen werden.

**Sigmaringen, 23. Okt.** Fürst Wilhelm von Hohenzollern ist gestern abend 9.10 Uhr infolge eines Herzschlags gestorben. Anlässlich des Ablebens des Fürsten haben sämtliche fürstlichen Gebäude die Flagge auf Halbmast gesetzt, ebenso viele Privathäuser. In den Schaufenstern der Geschäfte wird das Bild des Fürsten, umrahmt mit Lorbeer und Trauerflor, gezeigt. In der Stadt herrscht Trauerstimmung.

**CEB. Gammertingen, 22. Okt.** Die Reisenden des D-Zuges auf der Strecke Bülach-Tuttlingen wurden nicht wenig erschreckt, als der Zug mehrmals plötzlich infolge Ziehens der Notbremse halten mußte. Die Sache war jedoch jedesmal harmlos, denn ein Mädchen aus Gammertingen, das von Bülach nach ihrer Heimat fuhr, hatte in Anfällen von Verfolgungswahn die Bremse gezogen. Von Tuttlingen ab erhielt das Mädchen zur Verhütung weiterer ähnlicher Störungen eine Begleitperson von der Bahn zugewiesen. In Sigmaringen fand eine Vernehmung unter Zuziehung des Bahnarztes statt, der die erwähnten Symptome feststellte und die Verbringung der Bedauernswerten nach Gammertingen mittels Auto veranlaßte.

**CEB. Leutkirch, 23. Okt.** In den letzten zwei Wochen sind, wie Oberamtsarzt Dr. Dentler berichtet, im Oberamt Leutkirch sechs Fälle von übertragbarer Kinderlähmung vorgekommen, davon vier Fälle in der Gemeinde Friesenhofen. Es handelt sich um Kinder im Alter von 2, 4 und 7 Jahren und ein Mädchen im Alter von 17 Jahren. In der Hauptsache sind es leichtere Fälle. Aus vorsorglichen Gründen wurden in Friesenhofen, da sich in einem von der Krankheit befallenen Haushalt auch Schulkinder befinden, die Schulen vorläufig auf 14 Tage geschlossen. Ein Grund zur Beunruhigung besteht nicht; Fälle von Kinderlähmung sind namentlich im Herbst auch in unserer Gegend immer vorgekommen.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.	
100 holl. Gulden.	168,62
100 franz. Franken	16,46
100 schweiz. Franken	80,86

**Börsenbericht.**  
**CEB. Stuttgart, 23. Okt.** Die Börse lag am Wochenende sehr schwach und es gab durchweg Kurzurückgänge.

**Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt.**  
 Edeläpfel 15—20, Tafeläpfel 10—15, Spalterbirnen 20—28, Tafelbirnen 10—20, Quitten 25—30, Walnüsse 30—40, Kartoffeln neue 3—6, Kopfsalat 6—12, Endivienalat 6—15, Wirsing 5—6; Filderkraut 3—3,5; Weißkraut rund 3—3,5, Rotkraut 5—6; Blumenkohl 20—28, Rosenkohl 30—35; Rote Rüben 6—8; gelbe Rüben 5—6; Karotten runde 7—10; Zwiebel 8 bis 10; Rettiche 3—7; Sellerie 60—80, Tomaten 15—25, Spinat 25—30, Mangold 8—10; Kohlraben Kopf 4—6.

**Schafmärkte.**  
 Mergentheim: Lämmer 58—75, Jährlinge 65—100, Hammel 68—100, Schafe 50—80 M — Sulz a. N.: Hammel 100 bis 126, Lämmer 60—70 M pro Paar, Zuchtschafe 80—105, Brackschafe 70—85 M.

**Schweinepreise:**  
 Bessigheim: Milchschweine 15—18 M — Crailsheim: Läufer 35—70, Milchschweine 12—21 M — Giengen a. Br.: Saugschweine 15—26, Läufer 22—57 M — Künzelsau: Milchschweine 12—22 M — Marbach a. N.: Milchschweine 16 M — Mergentheim: Milchschweine 15—22 M — Rottweil: Milchschweine 14—22 M — Ulm: Milchschweine 18—25 M — Waiblingen a. E.: Milchschweine 12—21 M das Stück.

**Fruchtpreise.**  
 Aulendorf: Gerste 12,50—13 M — Wiberach: Besen 10,80, Weizen 13—13,40, Saatroggen 13—18, Gerste 12,50—13,40, Hafer alt 13, neu 9,50—10,80, Futtergerste 12 M — Giengen a. Br.: Gerste 12,60—13,30, Futtergerste 11—11,50, Hafer 8,60—9,40, Weizen 12,50—13,40 M — Tübingen: Weizen 13,50 bis 15,50, Saatweizen 13—16,50, Dinkel 11—12, Saatkorn 13—13,50, Hafer 9—10, alt 14, Gerste 12—13,50 M — Waangen i. N.: Hafer 12—14, Gerste 13,50—14,50, Saatroggen 13,50 bis 14,50, Saatweizen 15,50—17 M der Zentner.

Die hiesigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verluste in Zuschlag kommen. D. Schriftlitz.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Amtskörperschaft besitzt einen Kraftwagen für Krankentransport welcher zur Benützung empfohlen wird. Bestellungen auf den Wagen erfolgen bei der Oberamtspflege, Fernsprecher Nr. 160, dem Bezirkskrankenhaus Fernsprecher Nr. 135. Die Gebühren für Benützung des Wagens werden vom Bezirksrat festgesetzt und später bekannt gegeben. Calw, den 20. Oktober 1927.

Oberamt: Rippmann.

**Althengstett**  
**Gasthof z. Traube**  
  
**Süßen Schnaiter**

**W. Luibrand, Dentist**  
 hält jetzt seine  
 Sprechstunde im Hause des  
 Herrn Costenbader, Marktplatz

**Liftru-Strumpf-Schnell-Reparatur-Platten**  
 in Flor, Wolle u. Seide sind vorrätig  
 In meinem Laden wird bis auf weiteres jeden  
 Mittwoch Nachmittag zwischen 2—8 Uhr das neue  
 Verfahren kostenlos vorgezeigt, u. bitte ich Interessenten,  
 ein Paar zerrissene Strümpfe mitzubringen.  
**Georg Pfeiffer, Calw,**  
 Badstraße.

**Stadtkirche Calw**  
 Freitag, 28. Oktober, 8 Uhr:  
**Singen des Solo-Quartetts**  
**für Kirchengesang aus Leipzig**  
**Das geistliche Volkslied**  
 Eintritt 80 Pfg., Vorverkauf Buchhandlung Kirchherr.  
 Reinertrag für wohltätige Zwecke. **Ev. Stadtpfarramt.**

Ziehung 28. Oktober 1927  
 Große  
**Deutschum-Geld-Lotterie**  
 Gesamt-, Höchst- und Hauptgewinn Mark  
**20000**  
**10000**  
**7000**  
 Lose zu 1 M., 13 Lose 12 Mark, Porto u. Liste 30 Pf. mehr  
**J. Schweickert, Stuttgart**  
 Marktstraße 6 • Königstraße 1  
 Postcheckkonto Stuttgart 2055  
 Hier in allen Verkaufsstellen

Hier bei: W. Witz, W. Mischke; in Bad Teinach: Aug. Eisenmann, A. Fuhrer, Friseurgeschäft.

**Haararbeiten**  
 aller Art fertigt  
**S. Obermatt**  
 Friseurgeschäft  
 beim Adler, Telefon 240.  
**Gut möbliertes heizbares Zimmer**  
 auf 1. November oder später zu vermieten.  
 Frau Maria Hirtz Wwe.  
 Nonnengasse 137.

**16 Schaff-Rub**  
  
 mit dem 4. Kalb 33 Wochen trüchtig verkauft  
**Fr. Schüble, Schmied, Stammheim.**  
 Einen leichteren  
**Ruhwagen**  
 bereits neu, verkauft  
 der Obige.

**2000 Mk.**  
 sind gegen gute Sicherheit auszuleihen.  
 Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.  
 Jeden Dienstag u. Freitag in der Zeit von 1/2 11 bis 12 Uhr werden  
**Rudelsböden**  
 abgegeben bei  
**Herrn Schüble**  
 Eierteigwarengeschäft.

Guterhaltenes  
**Fahrrad**  
 gegen bar zu kaufen gesucht.  
 Zu erfragen bei der Geschäftsstelle ds. Bl.  
**Emberg.**  
 Ein Paar kleine  
**Läuferschweine**  
 verkauft  
**Ulrich Erhardt.**

Statt Karten.  
**Georg Bozenhardt**  
**Amalie Bozenhardt**  
 geb. Däubler  
 Vermählte  
 Calw, 24. Oktober 1927.

**Walter Luß**  
 Landwirtschaftslehrer  
**Gertrud Luß**  
 geb. Gremmels  
 Vermählte  
 Lütchow i. Hann. Demmin i. Pomm.  
 Calw 24. Oktober 1927.

**W. O. B.**  
 Ortsgruppe Calw.  
 Nächste Zusammenkunft  
 (erst. Wintervortragsabend)  
 am Dienstag, den 25. ds. Mts. 8 Uhr abends im „Waldborn“.

**Concordia**  
 heute Abend punkt 8 Uhr  
 Gemischter Chor

**Biehzuchtgenossenschaft Calw.**  
 Am Freitag, den 28. Oktober, nachm. 3 Uhr findet in der  
**Brauerei Dreiß in Calw eine**  
**Bersammlung**  
 mit folgender Tagesordnung statt:  
 1. Vortrag von Herrn Tierzuchtinspektor Dr. Walther Herrenberg über: Das Zuchtziel beim Fleckvieh in Württemberg und die wichtigsten Farenblutlinien Württembergs.  
 2. Verteilung der bei der staatlichen Bezirksrindviehschau in Calw zuerkannten Preise. Ausbezahlung der Weggelder.  
 3. Wünsche und Anträge.  
**Der Vorstand: Dekonomierat Vogler.**

  
 Die zierlichen farbenfrohen Kleidchen Ihrer Kleinen sind rasch gereinigt und stets wohlgepflegt mit  
**LUX**  
 SEIFENFLOCKEN  
 «SUNLICHT»MANNHEIM  
**Bezirks-Wirts-Berein Calw**  
**Bersammlung**  
 am Mittwoch, den 26. ds. Mts., nachm. 4.30 Uhr bei Kollege  
**Schöning zum „Hirsch“.**  
**Der Vorstand.**  
**Gehingen,**  
 am 22. Oktober 1927.  
 Ich nehme die am Sonntag, den 16. ds. Mts., gegen **Ludwig Gehring, z. Hirsch** gebrauchte Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns als unwahr zurück.  
**Paul Kühnle.**